



Durchwahl: 0511 3030-2151  
Mein Zeichen: II/73 - 0103 - 00/7  
(Kurzbericht-17-Wo-Go)

29. April 2019

## KURZBERICHT

### über Ausschusssitzungen des Niedersächsischen Landtages in der Zeit vom 22. bis 26. April 2019

#### Mittwoch, 24. April 2019

#### 1 Ausschuss für Haushalt und Finanzen (51. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

##### Beratungsthemen:

##### Öffentlicher Sitzungsteil

##### 1. Vorlagen

**Vorlage 115 (MWK) - Hochbaumaßnahmen des Landes; Haushaltsplan 2019, Einzelplan 06, Kapitel 0604, Titelgruppe 70-73, 0616 102; Technische Universität Clausthal (TUC), Brandschutzmaßnahmen in verschiedenen Gebäuden; 2. BA**

Der Ausschuss stimmte der Vorlage einvernehmlich zu.

##### 2. [Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen und Zukunftsvorsorge](#) [Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3476](#)

Der - federführende - Ausschuss erörterte Verfahrensfragen. Er kam überein, in seiner Sitzung am 8. Mai 2019 die Einbringung des Gesetzentwurfs durch die Landesregierung entgegenzunehmen.

Er beschloss ferner, in seiner Sitzung am 22. Mai 2019 eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen, und verständigte sich auf den Kreis der Anzuhörenden. Des Weiteren kam er überein, den Ausschuss für Inneres und Sport, den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und Digitalisierung, den Kultusausschuss sowie den Ausschuss für Wissenschaft und Kultur bis zum 12. Juni 2019 um eine Stellungnahme gem. § 28 Abs. 4 GO LT zu dem Gesetzentwurf zu bitten.

### **Vertraulicher Sitzungsteil**

3. **Vorlage 112 (MF) - Bürgschaften und Garantien**
  - a) **zugunsten der gewerblichen Wirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft sowie sozialer und kultureller Einrichtungen**
  - b) **für den Wohnungsbau****Bürgschaftsverpflichtung zum 31.12.2018**

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

- 2 **Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen** (28. Sitzung)  
**Ausschuss für Haushalt und Finanzen** (52. Sitzung)

### **Beratungsthemen:**

- a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/358](#)
- b) [Entwurf eines Gesetzes über die Schuldenbremse in Niedersachsen](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/3258](#)
- c) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/3447](#)

In gemeinsamer Sitzung wurde zu den Gesetzentwürfen eine Anhörung durchgeführt. Angehört wurden:

- Unternehmensverbände Niedersachsen e. V.
- Prof. Dr. Homburg, Leibniz Universität Hannover
- Niedersächsischer Landesrechnungshof
- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
- Prof. Dr. Potrafke, ifo Institut
- Prof. Dr. Bajohr, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
- IHK Niedersachsen
- Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V.

Anschließend erörterten die Ausschüsse Verfahrensfragen und verständigten sich darauf, in einer weiteren gemeinsamen Sitzung am 29. Mai 2019 einen gemeinsamen Beratungsdurchgang durchzuführen.

### 3 Unterausschuss „Medien“ des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (17. Sitzung)

#### Beratungsthemen:

1. [Für mehr Aufklärung im Umgang mit sozialen Medien](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1391](#)

Der Unterausschuss führte eine Anhörung zu dem Antrag durch. Angehört wurden:

- Niedersächsische Landesmedienanstalt
- Deutscher Journalisten-Verband
- Niedersächsische Landesbeauftragte für den Datenschutz
- Verbraucherzentrale Niedersachsen
- Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen
- Bündnis White IT - Geschäftsstelle -
- Deutschland sicher im Netz

2. [Für eine digitale Radiozukunft](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/1955](#)

Die Unterausschussmitglieder kamen überein, die Beratung über den Antrag in der für den 29. Mai 2019 geplanten Sitzung fortzusetzen. Bis dahin wollen die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU einen gemeinsamen Änderungsvorschlag vorlegen.

3. a) [Upload-Filter sind ein Risiko für die Meinungs- und Informationsfreiheit](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 18/3257](#)  
b) [Urheberrecht schützen - Upload-Filter vermeiden](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3268](#)

Der Unterausschuss besprach Verfahrensfragen. Er beschloss, die Landesregierung um eine Unterrichtung in der für den 29. Mai 2019 geplanten Sitzung zu bitten und in der für den 26. Juni 2019 vorgesehenen Sitzung eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, die Anzuhörenden bis zum 3. Mai 2019 zu benennen.

4. [Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auch für elektronische Presse schnell umsetzen](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/3261](#)

Der Unterausschuss führte die Mitberatung durch. Er empfahl, den Antrag mit Änderungen anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

5. **Terminangelegenheiten**

Der Unterausschuss besprach Terminangelegenheiten.

#### **4 Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (31. Sitzung)

##### **Beratungsthemen:**

1. **Vorstellung der Ergebnisse des Nährstoffberichtes 2017/2018 für Niedersachsen**

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Haltungsbedingungen von Wachteln in Niedersachsen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. a) **[Digitalisierung in der Landwirtschaft: Chancen nutzen - Abhängigkeiten und Datenklau vermeiden](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2895](#)

b) **[Näher am Verbraucher, näher am ökologischen und ökonomischen Optimum - Chancen der Digitalisierung in der Landwirtschaft nutzen - Umsetzung durch das Agrarinvestitionsförderungsprogramm \(AFP\) voranbringen](#)**

[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/161](#)

**hier:** Fortsetzung der Beratung und Unterrichtung durch die Landesregierung

Seitens der Koalitionsfraktionen wurde als Tischvorlage ein Änderungsvorschlag zu den Anträgen der Fraktion der Grünen und der FDP-Fraktion verteilt.

Der Ausschuss stellte daraufhin die weitere Beratung der beiden Anträge zurück, um zunächst Gelegenheit zu geben, diesen Änderungsvorschlag zu prüfen.

Er nahm in Aussicht, die Beratungen in seiner Sitzung am 8. Mai fortzusetzen. Dann soll auch Gelegenheit bestehen, Nachfragen zu den schriftlichen Informationen zu stellen, um die der Ausschuss in seiner 30. Sitzung gebeten hatte.

4. **[Erhalt seltener Nutztierassen angemessen fördern!](#)**

[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2583](#)

Der Ausschuss stellte die weitere Beratung des Antrages zurück. Er nahm in Aussicht, den Antrag für seine Sitzung am 8. Mai auf die Tagesordnung zu nehmen

5. **[Vogeljagd im Nationalpark Wattenmeer stoppen - Landwirtinnen und Landwirte bei Gänseschäden besser entschädigen](#)**

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/1530](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

## 5 Petitionsausschuss

(17. - nicht öffentliche und teilweise vertrauliche - Sitzung)

### Beratungsthemen:

#### 1. Eingaben

Der Ausschuss behandelte 34 Eingaben in **nicht öffentlicher Sitzung**.

Weiterhin behandelte der Ausschuss zwei Eingaben in **vertraulicher Sitzung**.

#### 2. Öffentliche Petitionen

Der Ausschuss besprach eine Eingabe, bei denen die Petenten eine Veröffentlichung erbeten hatten.

#### 3. Präsentation des Petitionsausschusses zum Tag der offenen Tür des Niedersächsischen Landtages

Der Ausschuss kam überein, am Tag der offenen Tür des Niedersächsischen Landtages am 24. August 2019 den Bürgerinnen und Bürgern an einem Stand das Petitionswesen vorzustellen. An dieser Präsentation werden sowohl Vertreter der Landtagsverwaltung als auch Abgeordnete des Ausschusses turnusweise teilnehmen.

#### 4. Fortsetzung der Besprechung der geplanten Ausschussreise

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die geplante Informationsreise auf die Reiseziele Österreich und Südtirol zu beschränken. Als Zeitraum für die vier bis fünftägige Reise wurde das zweite Quartal des Jahres 2020 in Aussicht genommen.

#### 5. Termine

Der Ausschuss besprach Terminfragen im Zusammenhang mit Anhörungen für vorliegende Öffentliche Petitionen. Er kam überein, sich am Rande des nächsten Plenums auf weitere Sitzungstermine zu verständigen.

## Donnerstag, 25. April 2019

## 6 Ausschuss für Inneres und Sport

(49. - teilweise nicht öffentliche - Sitzung)

### Beratungsthemen:

#### Öffentlicher Sitzungsteil

#### 1. Beschlussfassung über Anträge auf Unterrichtung durch die Landesregierung

- a) **Schriftliche Unterrichtung zum Stand der Ermittlungen bezüglich der Auseinandersetzungen im Rahmen einer Demonstration in der Innenstadt von Göttingen am 9. Dezember 2017**

b) **Unterrichtung über einen Waffenfund sowie einen Ordenfund aus der Zeit des Nationalsozialismus in Hannover**

Der Ausschuss folgte den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter a) und b) einstimmig und bat die Landesregierung jeweils um eine schriftliche Unterrichtung.

2. **[Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes und anderer Vorschriften](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/2022](#)**

Der Ausschuss führte eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf durch.  
Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Mehr Demokratie e. V.

3. **Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung über einen Polizeieinsatz im Zusammenhang mit dem Aufstellen einer Großflächenplakatwand an der B 6 in Gleidingen**

Der Ausschuss setzte die Unterrichtung fort, nahm eine Einschätzung des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes zu den Fragestellungen aus der 48. Sitzung am 4. April 2019 entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Stand der Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit Hausdurchsuchungen bei Mitgliedern der Rising Boys Hannover**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. **[Linksextremismus als Gefahr für die Demokratie wahrnehmen und wirksam bekämpfen!](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/1855](#)**

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Voten der - mitberatenden - Ausschüsse für Haushalt und Finanzen sowie für Rechts- und Verfassungsfragen, den Antrag abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, FDP*

*Ablehnung: AfD*

*Enthaltung: -*

6. **[Gemeinsame europäische Asylpolitik](#)  
[Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/2887](#)**

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**Nicht öffentlicher Sitzungsteil**

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den Fund einer selbst gebastelten Rohrbombe mit nationalsozialistischen Symbolen an einem Baggersee in Haren im Landkreis Emsland**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**7 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung**  
(42. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)  
[Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - Drs. 18/1383](#) neu
- b) [Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über Ladenöffnungs- und Verkaufszeiten](#)  
[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/2461](#)

**dazu:** Eingabe 00987/08/18

Der Ausschuss schloss die Beratung der Gesetzentwürfe ab. Er empfahl dem Landtag, den Gesetzentwurf zu a) abzulehnen.

*Zustimmung: SPD, CDU, AfD*

*Ablehnung: FDP*

*Enthaltung: GRÜNE*

Ferner empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf zu b) in geänderter Fassung anzunehmen.

*Zustimmung: SPD, CDU*

*Ablehnung: GRÜNE*

*Enthaltung: FDP, AfD*

Die Beschlussempfehlung erging unter dem Vorbehalt der Zustimmung der mitberatenden Ausschüsse. Einvernehmlich empfahl der Ausschuss dem Landtag, die in die Beratung einbezogene Eingabe für erledigt zu erklären.

Als Berichterstatterin wurde die Abg. **Sylvia Bruns** (FDP) benannt.

Von der Fraktion der Grünen wurde ein Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf angekündigt.

2. [Menschenwürde bewahren - Frauen vor Gefahren in sogenannten Lovemobilen schützen](#)  
[Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 18/3264](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den 1. Hebammenbericht des NLGA**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über das Auftreten von Masernerkrankungen in Niedersachsen**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

**8 Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung**  
(25. Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Regionale Mittelverteilung für ZILE-Maßnahmen“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Vertreter des MB und des ML entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine Information, wenn sich der Verteilungsschlüssel für die ZILE-Mittel nennenswert ändert.

2. **EU-Angelegenheiten**

**Unterrichtung durch die Landesregierung über die Bundesratsdrucksache 114/19 - Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung des Beschlusses Nr. 1313/2013/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Katastrophenschutzverfahren der Union; COM-Nr.: (2019) 125 final Rat-Nr.: 7271/19**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch einen Vertreter des MI entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss setzte die Vorbereitung der parlamentarischen Informationsreise auf die Britischen Inseln fort.

Ferner bat er die Landesregierung um eine Unterrichtung der Auswirkungen der Verlängerung der britischen EU-Mitgliedschaft bis zum Brexit auf Studierende sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und kam überein, sich durch die niedersächsischen Delegierten im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarats über dessen jüngste Sitzung informieren zu lassen.

**9 Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes**  
(21. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

**Beratungsthemen:**

1. **Ergänzender Bericht der Landesregierung zu den Vorgängen bezüglich der Enttarnung einer Vertrauensperson des Niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen**

Der Ausschuss behandelte den Tagesordnungspunkt **in vertraulicher Sitzung** und führte darüber eine Aussprache.

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung anlässlich der Berichterstattung in der Bild-Zeitung vom 11. April 2019 zu der Suspendierung eines Mitarbeiters des niedersächsischen Verfassungsschutzes und deren Hintergründe**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung **teils in nicht öffentlicher, teils in vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.



3. **Unterrichtung durch die Landesregierung gemäß § 36 Abs. 1 NVerfSchG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in **vertraulicher Sitzung** entgegen.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die sog. Internationale Brigade**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in **nicht öffentlicher Sitzung** entgegen.

5. **Beabsichtigter Erlass einer Dienstvorschrift;  
hier: Unterrichtung gem. § 36 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 NVerfSchG**

Diesen Tagesordnungspunkt vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.

6. **Bericht des Ausschusses an den Landtag gemäß**

a) **§ 40 Abs. 1 NVerfSchG**

b) **§ 40 Abs. 2 NVerfSchG**

c) **§ 2 Abs. 2 Satz 2 Nds. AG G 10**

Diesen Tagesordnungspunkt vertagte der Ausschuss auf seine nächste Sitzung.

**Außerhalb der Tagesordnung** bat der Ausschuss auf Antrag des Abg. Limburg die Landesregierung, in einer der nächsten Sitzungen über die Änderungen zu unterrichten, die sich aus dem Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze (Drs. 18/850) für das Verfassungsschutzgesetz und die Verfassungsschutzbehörde ergeben.

## **Freitag, 26. April 2019**

### **10 Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung**

(32. - teilweise vertrauliche - Sitzung)

#### **Beratungsthemen:**

##### **Vertraulicher Sitzungsteil**

1. **Unterrichtung durch Herrn Wirtschaftsminister Dr. Althusmann zu den aktuellen Ereignissen bei der Volkswagen AG**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung in **vertraulicher Sitzung** entgegen und führte darüber eine Aussprache.

##### **Öffentlicher Sitzungsteil**

2. **[Schnelles Netz für alle: 5G-Versteigerung muss sinnvolle Parameter setzen](#)  
[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/2141](#)**

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung durch Herrn Umweltminister Lies und das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. [Bahnverkehr voranbringen, Bürgerbeteiligung gewährleisten, Lärmschutz stärken](#)  
[Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2901](#)

**hier:** Unterrichtung durch die Landesregierung

Der Ausschuss setzte diesen Punkt aufgrund der fortgeschrittenen Sitzungsdauer von der Tagesordnung ab.

4. **Verschiedenes**

Der Ausschuss vereinbarte, den Beginn der Sitzung am 24. Mai 2019 auf 9.30 Uhr vorzulegen.

Im Auftrage

Wiesehahn